

Newsletter Soziale Stadt

Inhalt dieser Ausgabe

- Social.nett in Barmbek-Süd ■
Stadtteilmütter ■
- Neue Fachstelle Gemeinwesendiakonie ■
- Zuwanderung aus Osteuropa ■
- 5. Konferenz zur Sozialen Spaltung in
Hamburg ■
Sprung über die Elbe ■
- Winternotprogramm endete am 31.
März ■

Liebe Leserinnen und Leser, Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrte Damen und Herren,

manchmal bekommen lokale und auf den ersten Blick sehr fachspezifische Fragestellungen mit einem Male stadtweite oder gar bundesweite Relevanz. Aktuell gilt das für die Diskussionen über Armutsmigration in Europa. Der Arbeiterstich am Stübenplatz in Wilhelmsburg oder die katastrophalen ausbeuterischen Wohnverhältnisse von bulgarischen Arbeitsmigrant/-innen auf der Veddel sind kein lokales Problem mehr. In der Wohnungslosenhilfe, in der Migrationsberatung, in den Anlaufstellen für Prostituierte in allen Bereichen des sozialen Hilfesystems ist eine neue Zielgruppe präsent: EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Sie kommen auf der Suche nach Arbeit und einer Lebensperspektive nach Hamburg und geraten hier in existenzielle Not. Das Diakonische Werk Hamburg hat deshalb im Bereich der EU-Armutswanderung einen neuen Arbeitsschwerpunkt gesetzt, über den wir in diesem Newsletter Soziale Stadt informieren.

Am 13. Februar hat die 5. Konferenz zur Sozialen Spaltung der Stadt stattgefunden - diesmal zur Bedeutung öffentlicher Güter wie Wasser, Energie oder Bildung für eine soziale Stadt. Dieser Newsletter informiert über die Tagung und liefert links zu allen Beiträgen.

Gleichzeitig zeigt dieser Newsletter wieder die gesamte Palette sozialräumlicher und gemeinwesenorientierter Aktivitäten und Fragestellungen ab, mit denen Kirche und Diakonie in Hamburg befasst sind von der Einrichtung der Fachstelle Gemeinwesendiakonie im Ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost über die Vernetzung sozialer Initiativen in Barmbek-Süd und die Vorstellung des Projekts Stadtteilmütter bis zu einem Bericht über die Veranstaltung Über die Elbe gesprungen. Hier wurde im Rahmen der Reihe Hamburg - Gerechte Stadt eine kontroverse Bilanz über die Auswirkungen von IBA und IGS in Wilhelmsburg gezogen wurde.

Mit dieser ersten Ausgabe des Newsletters im Jahr 2014 springen wir also mitten hinein in die vielschichtige Dynamik der sozialen Prozesse in unserer Stadt. Wir erleben einmal mehr: Nichts ist spannender als die Wirklichkeit.

Herzliche Grüße im Namen der Herausgeber

Ihr Dirk Hauer

Fachbereichsleiter Migration und Existenzsicherung
Diakonisches Werk Hamburg

stadtteilbuero@barmbek-sued.de
info@barmbek-basch.info
ronald.einfeldt@kirche-alt-barmbek.de

In Barmbek-Süd gründete sich im Stadteirat eine Arbeitsgruppe Soziales und ein Vernetzungstreffen social.nett. Wolfgang Völker befragte Pastor Einfeldt von der Kirchengemeinde Alt-Barmbek und Burkhard Leber, Koordinator im Barmbek Basch zu Hintergründen, Beteiligten und Zielen.

Was waren die Motive, im Stadteirat Barmbek-Süd eine AG Soziales zu gründen und zu einem Vernetzungstreffen einzuladen?

Zwei Motivationen führten zur Neugründung der AG Soziales des Stadteirates Barmbek-Süd und schließlich zum Vernetzungstreffen social.nett.

Zum einen ließ sich beobachten, dass es in den Sitzungen des Stadteirates über die Jahre eine Themenverschiebung gegeben hatte. Bau-, Verkehrs- und andere Infrastrukturprobleme bildeten zunehmend den Schwerpunkt der Sitzungen, soziale Themen gerieten etwas aus dem Blickfeld. Zum anderen stellten wir fest, dass viele Träger sozialer Einrichtungen im Stadtteil von ihrer Existenz gegenseitig nichts wussten.

Deswegen hat sich die AG Soziales des Stadteirates zum Ziel gesetzt, soziale Themen aus dem Stadtteil wieder verstärkt zu diskutieren und eine Vernetzung der dazu arbeitenden Initiativen und Einrichtungen voranzutreiben. Wie dies geschehen könnte, war zu Beginn noch unklar.

Von wem ging die Initiative aus?

Die Arbeitsgruppe Soziales wurde revitalisiert: sie tagte bereits Jahre zuvor mit dem Ziel, die Themen der damaligen Stadtteilentwicklung Gesundheitsförderung und Integration (Menschen mit migrantischem Hintergrund und auch Menschen mit Behinderung) zu forcieren.

Damals saßen Kirchengemeinde, Alsterdorf Assistenz, Arbeit und Lernen als Beschäftigungsträger und Ehrenamtliche in der AG. Ein Ergebnis war z.B. ein jährliches Interkulturelles Fest, das zwei Mal im Basch gefeiert wurde.

Die neue AG Soziales hat sich erweitert: unter anderem hat der Bezirk Hamburg-Nord großes Interesse gezeigt und beteiligt sich an der AG ebenso wie der Koordinator des Barmbek°Basch. In der AG entstand auch das eigene Logo: social.net(t).

Wer kam zu dem Vernetzungstreffen- War es ein Treffen alter Bekannter oder sind auch neue Akteure dabei gewesen?

Den Auftakt sollte ein moderiertes Vernetzungstreffen bilden, auf dem sich die Träger erst einmal kennenlernen sollten. Eingeladen wurden Organisationen, Einrichtungen und Initiativen, die sich in sieben Themenkreisen engagieren: Armut, Alter, Krankheit, Behinderung, Sucht, Migration und Stadtteilarbeit. Social.nett sollte ihnen die Möglichkeit geben, sich gegenseitig kennenzulernen, sich auszutauschen und Fragestellungen zu benennen, die gemeinsam weiter diskutiert werden sollen. Erhofft hatte sich die AG auch, dass erste Kooperationen vereinbart würden und dass sich Personen unterschiedlicher Themenfeldern mit ihren je eigenen Perspektiven den Arbeitsschwerpunkten nähern.

Fast 40 Einrichtungen aus dem Stadtteil nahmen an dem Treffen teil. Eingeladen waren zusätzlich Vertreter des Arbeitskreis Barmbek, eines stadtteilübergreifenden Zu-

sammenschlusses zum Thema Kinder- und Jugendarbeit, sowie des Stadtteilrates Dulsberg. Von beiden erhoffte man sich wertvolle Anregungen zur Organisation der Vernetzung. Zugleich sollten keine doppelten Strukturen geschaffen, sondern bestehende genutzt werden.

Welche Ziele will die AG Soziales und das Vernetzungstreffen verfolgen? Gibt es Vereinbarungen über die weitere Zusammenarbeit?

Social.nett wurde von den Anwesenden als überfälliges Treffen empfunden. Es entsponnen sich viele Gespräche in sehr konstruktiver Atmosphäre und es wurde der Wunsch geäußert, Folgetreffen zu veranstalten. Vorstellbar seien etwa 2-3 Treffen im Jahr jeweils mit einem inhaltlichen Schwerpunkt.

Themenwünsche, die bei der nächsten Einladung am 10. April 2014 berücksichtigt werden, sind: Schule/ Bildung; Jugendhilfe, offene Kinder und Jugendarbeit; Angebote für Obdachlose im Stadtteil; Angebote für migrantische Frauen.

Rege diskutiert wurde die Frage, was zu tun ist, die im Stadtteil vorhandenen Angebote besser in die Fläche (d. h. an die Zielgruppe) zu bringen. Sollte ein neuer Einrichtungswegweiser erstellt werden oder sollte es eine jährliche Angebotsmesse im Barmbek°Basch geben? Wie wäre es mit einem regelmäßigen, wöchentlichen Sozialberatungsangebot im Barmbek°Basch, das auf die zuständigen Einrichtungen verweisen könnte?

Auch wenn diese Diskussion noch kein klares Ergebnis hatte, scheint sie doch sehr wichtig zu sein und sollte fortgeführt werden.

Burkhard Leber (Kordinator Barmbek°Basch e.V.)
Ronald Einfeldt (Pastor, Kirchengemeinde Alt-Barmbek)

Stadtteilmütter

www.stadtteilmuetter.de

Stadtteilmütter öffnen Türen und helfen Familien, in Hamburg gut anzukommen

Stadtteilmütter sind Frauen, vorrangig mit türkischer oder einer afrikanischen Muttersprache. Sie besuchen in ihrer Nachbarschaft andere Familien. Sie erreichen so andere Mütter, die hier oft isoliert und ohne Informationen über das Leben in Hamburg wohnen. Wichtige Informationen sind: Wie kann ich mein Kind fördern? Welche Hilfen gibt es? Wie ist hier das Kita- und Schulsystem?

Vor ihrem Einsatz werden die Stadtteilmütter qualifiziert, während ihrer Tätigkeit begleitet und fortgebildet.

Das Projekt Stadtteilmütter mit ihrem Büro in den Räumen des Diakonischen Werkes in der Königstr. 54 startete im Jahr 2011. Die Stadtteilmütter der Diakonie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum sozialen Miteinander im Stadtteil.

Hintergrund

Im Stadtteil Altona-Altstadt leben Menschen aus 133 Ländern. Besonders viele Familien kommen aus der Türkei und aus afrikanischen Ländern. Viele dieser Familien halten sich vorwiegend im eigenen Kulturkreis auf. Sie haben wenig Kontakt zu Menschen anderer Kulturen. Häufig kennen sie sich schlecht aus, scheuen Behörden und Anlaufstellen, von denen sie Unterstützung erhalten könnten. Während die Männer in

der Regel einer Arbeit nachgehen, sind die Frauen in erster Linie für die Kindererziehung und den Haushalt zuständig.

So bleiben sie oft fremd in Hamburg, können ihre Deutschkenntnisse kaum verbessern und versuchen ihren Alltag so gut wie möglich zu bewältigen. Insbesondere für die Kinder macht diese Situation das Leben oft schwer. Sie sind es, die meist als erste in der Familie gut Deutsch sprechen und für ihre Eltern dolmetschen müssen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass sich die Mütter mit dem Bildungs- und Sozialsystem auskennen und Unterstützung suchen können, falls sie sie benötigen.

Wer wird Stadtteilmutter?

Zu Stadtteilmüttern werden Frauen mit Migrationshintergrund qualifiziert, die bereits gut Deutsch sprechen, selbst Mütter sind und in ihrer Nachbarschaft sozial gut vernetzt sind.

Die Frauen werden in einer sechs-monatigen Ausbildung theoretisch und praktisch auf ihre Arbeit als Stadtteilmutter vorbereitet.

Was leisten die Stadtteilmütter?

Stadtteilmütter unterstützen und beraten Frauen in ihrer Muttersprache. Sie vermitteln zwischen den Kulturen und helfen dort, wo das etablierte Hilfesystem nicht hinkommt. Konfession und Nationalität spielen dabei keine Rolle. Die Besuche in den Familien und die Informationen durch die Stadtteilmütter sind für alle interessierten Familien kostenlos.

Bei den Hausbesuchen besprechen sie mit den Müttern Fragen zur Erziehung und zum Leben in Hamburg, vermitteln Deutschkurse und begleiten zum Beispiel eine Mutter zum nächsten Kindergarten. Sie informieren über das Hamburger Schulsystem, damit Eltern ermutigt werden zu Elternabenden zu gehen, den Kontakt zu Lehrern zu suchen und ihre Kinder in der Schullaufbahn zu unterstützen.

Weitere Themen sind z.B. Spracherziehung, gewaltfreie Erziehung, Entwicklung des Kindes, Gesundheit und gesunde Ernährung, Sport und Bewegung, Sexualentwicklung/Geschlechterrollen, Suchtvorbeugung oder Umgang mit Fernsehen/Computer. Die Besuche in den Familien sind auf zehn Treffen begrenzt.

Das Projekt ist eng vernetzt mit den Kitas, Schulen, Beratungsstellen und Ämtern im Bezirk.

Wie werden die Stadtteilmütter begleitet?

Die Stadtteilmütter selbst treffen sich regelmäßig zur Aufarbeitung ihrer Erfahrungen. Sie werden von zwei Sozialpädagoginnen qualifiziert, betreut und begleitet. So können sie miteinander und mit den Koordinatorinnen schwierige Situationen besprechen und daraus lernen. Auch steht für Austauschtreffen eine Supervisorin zur Verfügung.

Für ihren Einsatz erhalten die Stadtteilmütter eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 170 Euro pro Monat für zehn Familien-Besuche.

Wie werden zukünftige Stadtteilmütter erreicht?

Interessierte und für die Tätigkeit als Stadtteilmutter geeignete Frauen sind an vielen Orten im Stadtteil zu finden: bei Bildungs- und Sprachkursträgern für MigrantInnen, in Kitas, Schulen, in sozialen Einrichtungen, in der Afrikanischen oder in der Türkische Gemeinde Hamburg.

Wie werden die Familien erreicht?

Die Stadtteilmütter und die zu besuchenden Familien leben im gleichen sozialen Umfeld. In allen Einrichtungen, die mit Müttern/Eltern und deren Kinder zu tun haben, können Kontakte geknüpft werden: in Kindertagesstätten (Kitas), im Eltern-Kind-Zentrum, in Schulen, in der Mütterberatung, in der Erziehungsberatung und in Kinderarztpraxen. Vor allem werden die Kontakte genutzt, die die Stadtteilmütter selbst

zu Familien, Kitas, Schulen und in der Nachbarschaft haben. Eine der Aufgaben der Stadtteilmütter ist es, sich einen eigenen Kundenstamm im Stadtteil aufzubauen.

Finanzierung der Arbeit

Für den Projektstart in 2011 hat das Hamburger Spendenparlament die Anschubfinanzierung übernommen. Für die Jahre 2012, 2013 und 2014 wird eine Finanzierung über 50 Prozent der Kosten über das Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement, im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung übernommen. Die andere Hälfte der Kosten wird aus Spenden oder Eigenmitteln finanziert.

Ausblick und Entwicklungspotenziale

Die Arbeit der Stadtteilmütter ist sehr erfolgreich, die Beratungskompetenz und Qualität ist hoch und wird von den Familien sehr gern in Anspruch genommen. Die Stadtteilmütter erfahren eine große Akzeptanz durch die Familien, und es wird schnell ein intensives Vertrauensverhältnis aufgebaut. Dies ermöglicht Unterstützungsbedarfe der Familien, insbesondere auch der Frauen, schnell zu identifizieren und in entsprechende institutionelle Unterstützung überzuleiten. Die Erfahrung zeigt, dass die individuellen Themen der Familien und Frauen über die ursprünglichen Beratungsthemen hinausgehen und zum Beispiel die Bereiche Wohnungssuche, Migrationsfragen (Visum, Einbürgerung), Behördenbegleitung oder Eheberatung betreffen. Um eine nachhaltige Vermittlung von Familien mit Beratungsbedarf zu sichern, könnte die Netzwerkarbeit noch stärker ausgebaut werden, was aber mit dem bestehenden Personalschlüssel schwierig ist. So könnten auch neue Angebote geschaffen oder ausgebaut werden, wie z. B. regelmäßige Sprechzeiten von Stadtteilmüttern in Schulen oder Kitas.

Der Bedarf an beruflicher Qualifizierung und beruflicher Integration ist bei allen Stadtteilmüttern hoch und wesentliche Motivation für ein Engagement als Stadtteilmutter. Dieser Tatsache sollte konzeptionell stärker Rechnung getragen werden, entweder als Brücke in die Beruflichkeit oder der Prüfung, ob nicht auch der Beruf Stadtteilmutter realistisch ist, wie in Berlin Kreuzberg, wo im Rahmen des Projektes Stadtteilmütter feste Stellen durch den Senat, für Stadtteilmütter entstanden sind.

Die Finanzierung des Projektes Stadtteilmütter ist nur noch bis zum Ende 2014 gesichert. Die Fortsetzung des Projektes wird angestrebt, ohne dass eine künftige Finanzierung bisher sichergestellt ist.

Kirsten Prehm, Fachbereichsleitung Familie und Senioren, Diakonie-Hilfswerk Hamburg

Neue Fachstelle Gemeinwesendiakonie

Thorsten von Borstel

Telefon 519 000 743

T.vonBorstel@kirche-hamburg-ost.de

Martin Leimbach

Telefon 519 000 765

m.leimbach@kirche-hamburg-ost.de

Der Bereich Diakonie + Bildung des Ev. - Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost hat den Bereich Gemeinwesendiakonie neu aufgestellt.

Künftig wird eine neue Fachstelle Dreh- und Angelpunkt für gemeinwesendiakonische Arbeit sein.

Diese Fachstelle richtet sich an die Gemeinden und Projekte des Kirchenkreises. Es gibt bereits viele Kirchengemeinden und auch Projekte, die sich stark für das Gemeinwesen engagieren, die in und mit Ihren Stadtteilen arbeiten, in den jeweiligen Netzwerken gut verknüpft sind und auch gute Kontakte zu Politik und Verwaltung pflegen. Diese Gemeinden sollen in ihrer gelingenden Arbeit weiter begleitet, beraten und gefördert werden.

Gleichzeitig ist beabsichtigt, den Arbeitsansatz gemeinwesendiakonischer Arbeit in

allen Gemeinden des Kirchenkreises wieder bzw. neu bekannt zu machen und Gemeinden zu beraten, die sich in diesem Bereich engagieren wollen. Durch einen umfassenden Blick auf die soziale Situation in der gesamten Stadt soll das gemeinwesendiakonische Handeln des Kirchenkreises noch besser koordiniert und miteinander vernetzt werden.

Dadurch kann die Diskussion innerhalb des Kirchenkreises befördert und zur Meinungsbildung über soziale Themen angeregt werden. Außerdem können durch diesen Blick im Kirchenkreis problematische Entwicklungen in der Stadt durch die politische Arbeit des Kirchenkreises kritisch und konstruktiv begleitet werden.

Mit der Einrichtung dieser Fachstelle ist darüber hinaus beabsichtigt, Behörden und anderen Organisationen eine kirchliche Adresse zur Verfügung zu stellen, über die sie in Fragen der Gemeinwesenarbeit Kontakt aufnehmen können.

Zusammenfassend ist das Ziel der neuen Fachstelle die bessere Verankerung der Gemeinwesendiakonie als Strukturelement kirchlicher Arbeit und die Positionierung des Kirchenkreises als aktiver Partner im Gemeinwesen.

In der Fachstelle arbeiten der Sozialpädagoge Thorsten von Borstel und der Diakon Martin Leimbach. Standort der Fachstelle Gemeinwesendiakonie ist das Kirchliche Verwaltungszentrum des Kirchenkreises Hamburg-Ost am Steindamm 55 in St. Georg.

Migration **Zuwanderung aus Osteuropa**

hauer@diakonie-hamburg.de
clemens@diakonie-hamburg.de

Das Wohlstandsgefälle in der EU führt zu Wanderungsbewegungen: Menschen machen sich auf den Weg, um in anderen Ländern Arbeit zu finden und sich eine neue Existenz aufzubauen. Was bedeutet die Armutsmigration zum Beispiel aus Südosteuropa für die Hamburger Diakonie- Dr. Dirk Hauer, Leiter des Fachbereichs Migration und Existenzsicherung, gibt einen Überblick über politische Strategie und konkrete Hilfsangebote

Alle Jahre wieder zu Jahresbeginn wird in den Medien vor der Armutszuwanderung aus Osteuropa gewarnt. War es im letzten Jahr der Alarmruf des Deutschen Städtetags, so beschwor diesmal die CSU die Einwanderung in die Sozialsysteme und konterte mit ihrem populistischen Slogan Wer betrügt, der fliegt.

Die Diakonie wirbt vor diesem Hintergrund für eine Versachlichung der Diskussion und für eine differenzierte Betrachtung der Wanderungsbewegungen innerhalb der EU. Denn unterm Strich ist Deutschland zunächst immer noch der große Gewinner der EU-Binnenwanderung. Gut ausgebildete Ärzte und Ärztinnen, Pflegekräfte, Ingenieure etc. aus Rumänien und Bulgarien sind hierzulande gesucht und dämpfen den Fachkräftemangel in vielen Branchen. Die Leidtragenden dieses Brain Drain sind die Volkswirtschaften der Herkunftsländer selbst. In den bitterarmen Ländern Südosteuropas fehlen genau die Fachkräfte, die unseren Wohlstand mit produzieren. So hat etwa Rumänien in den letzten zehn Jahren 3 Millionen Menschen oder ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Allein in den letzten zwei Jahren haben ca. 20.000 Krankenpflegerinnen und 30.000 Ärzte und Ärztinnen das Land verlassen.

Für soziale Angleichung in Europa sorgen

Die Freizügigkeit in der EU war und ist politisch gewollt. Und natürlich führt das Wohlstandsgefälle innerhalb Europas dazu, dass Menschen auf der Suche nach Arbeit und Existenzsicherung migrieren. Neben Polen, Rumänien, Bulgarien und zukünftig Kroatien haben wir es inzwischen auch mit Zuwanderung aus Griechenland und Spanien zu tun. Dies liegt in der Logik der Europäischen Union. Statt rückwärtsgewandt mit neuen Spielarten einer nationalstaatlichen Abschottung zu liebäugeln, besteht die vernünftige Perspektive darin, kurz-, mittel- und langfristig für eine ökonomische und soziale Angleichung innerhalb Europas zu sorgen.

Solange selbst die Aussicht auf einen schlecht bezahlten Aushilfsjob im Dunstkreis der Ausbeutung immer noch attraktiver erscheint als ein perspektivloses Leben in bitterster Armut, werden sich Menschen auf den Weg nach Deutschland und Hamburg machen. Zumal dann, wenn zur Armut auch noch die ethnische Diskriminierung etwa als Roma-Minderheit hinzukommt. Die Situation derjenigen, die hier auf der Suche nach Perspektiven und Existenzsicherung scheitern, ist oft verzweifelt: Viele finden sich auf der Suche nach Arbeit in illegalen Beschäftigungsverhältnissen mit ausbeuterischen Niedrigstlöhnen wieder. Viele haben kein Geld für irgendeine Wohnung und sind obdachlos. Das gilt inzwischen auch für Familien mit Kindern. Viele haben keinen Krankenversicherungsschutz. Und zunehmend sind es südosteuropäische Frauen, die sich etwa in St. Georg auf einem inzwischen kriminalisierten Straßenstrich prostituieren.

Das Hilfesystem muss sich auf neue Zielgruppen einstellen

Länder und Kommunen sind überfordert, wenn sie die sozialen Folgen des Armutsgefälles in der EU abfedern sollen. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe des Bundes und der EU. Kirche und Diakonie unterstützen daher Vorstöße, die auf eine Verstärkung transnationaler Programme und Strukturfonds gerichtet sind und in einer Art Lastenausgleich Länder und Kommunen in die Lage versetzen, den sozialpolitischen und sozialrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Aber auch die Träger und Einrichtungen des sozialen Hilfesystems müssen lernen, mit dieser neuen Zielgruppe umzugehen. In vielen Einrichtungen fehlt etwa die notwendige Sprachkompetenz. Die gezielte Einstellung von Kolleginnen mit muttersprachlichen Rumänisch- und Bulgarisch-Kenntnissen in der Tagesaufenthaltsstätte des Diakoniezentrum für Wohnungslose zeigt, in welche Richtung zukünftig gedacht werden muss. Die neuen Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Osteuropa zwingen zu einer ganz neuen arbeitsfeldübergreifenden Zusammenarbeit von z. B. Wohnungslosenhilfe, Migrationsberatung und grenzüberschreitender Diakonie. Das Diakonische Werk Hamburg organisiert dazu seit 2013 Jahr gezielt Workshops und die systematische Zusammenarbeit der Fachbereiche Weltweite Diakonie und Migration und Existenzsicherung. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist ein Projekt, in dem Sozialpädagoginnen und -pädagogen aus Rumänien in Hamburger Einrichtungen hospitieren und umgekehrt.

An erster Stelle: Krankenversicherung und sozialrechtliche Ansprüche

Die wichtigste Aufgabe für die Diakonie in Hamburg ist jedoch die unmittelbare Existenzsicherung der Menschen. Ganz zentral ist dabei die Integration in den Krankenversicherungsschutz, damit zumindest die Versorgung im Krankheitsfall gesichert ist. In aller Regel sind es weniger rechtliche Hindernisse, die dem im Wege stehen, sondern vielmehr Sprachbarrieren und komplizierte und bürokratische Verfahrensabläufe, an denen die Betroffenen oft genug scheitern. Der zweite zentrale Aspekt ist die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche. Aus Sicht der Diakonie können die Betroffenen sehr viel mehr beanspruchen, als ihnen offiziell zugestanden wird. Und inzwischen gibt es eine Reihe von Sozialgerichtsurteilen, in denen Bürgerinnen und Bürgern der EU Grundsicherungsleistungen zugesprochen wurden. Eine hausinterne

Projektgruppe im Diakonischen Werk Hamburg entwickelt zurzeit ein Pilotvorhaben, in dem beide Aspekte bearbeitet werden: EU-Bürgerinnen und -bürger werden gezielt bei der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Sozialrechtsansprüche beraten und unterstützt. Und über kompetente und enge Fallbegleitung fungiert das Projekt als Mittler zwischen Betroffenen und Krankenkassen und hilft so bei der Integration in die Krankenversicherung.

Soziale Spaltung 5. Konferenz zur Sozialen Spaltung in Hamburg

www.hamburg-stadtfueralle.de

Am Donnerstag, 13. Februar 2014 fand in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg die 5. Konferenz zur sozialen Spaltung in Hamburg statt. Diskutiert wurde über Öffentliche Güter, Daseinsvorsorge, Infrastruktur. Welche Bedeutung haben sie für eine soziale Stadt?

Hinter den Begriffen öffentliche Güter, daseinsvorsorge und Infrastruktur verbergen sich Arbeits- und Organisationsprozesse, auf die das Funktionieren unserer Gesellschaft angewiesen ist. Wir gehen alle mit hoher Selbstverständlichkeit davon aus, dass unser Zugang zu diesen Gütern funktioniert, dass wir uns auf die Infrastruktur verlassen können. Dabei ist die Frage, wie die Daseinsvorsorge organisiert, bewirtschaftet und demokratisch gestaltet werden kann, immer wieder Gegenstand politischer Kontroversen. In den Referaten, Streitgesprächen und Arbeitsgruppen der Tagung ging es darum, ob und wie öffentliche Güter soziale Spaltungsprozesse mildern können, ob Demokratien ohne Not Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten verschenken, wenn sie öffentliche Güter aufgeben, welche Rollen der Streit über die Zukunft öffentlicher Haushalte für den künftigen Charakter der Daseinsvorsorge spielt.

Unter www.hamburg-stadtfueralle.de finden Sie eine Dokumentation der Tagung. Sie enthält die beiden Hauptreferate von Prof. (em.) Dr. Hans-Peter Bull und Frank Düchting, die Beiträge aus den Arbeitsgruppen zu Bildung, Mobilität, Netze und Gesundheit sowie den Zugang zur Fotoprojektion Open City Öffentliche Güter im Vorbeigehen hingeschaut von Mauricio Bustamante.

Veranstalter der Tagung war die AG Soziales Hamburg. In ihr arbeiten mit: HAW Department für Soziale Arbeit; Evangelische Akademie der Nordkirche; Diakonisches Werk Hamburg; Hamburger Institut für Sozialforschung; Universität Hamburg Fachbereich Sozialökonomie; AG Gesundheitsförderung am UKE; Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalsoziologie an der HCU.

Sprung über die Elbe

voelker@diakonie-hamburg.de

mit umstrittener und unklarer Landung

Was haben die Großprojekte IBA und IGS für die Menschen im Stadtteil gebracht? Darüber ist im Rahmen der Reihe Hamburg! Gerechte Stadt! am 18. März im Bürgerhaus Wilhelmsburg diskutiert worden. Beteiligt

waren neben ca. 50 Besucherinnen und Besuchern Manuel Humburg von Zukunft Elbinsel e.V., Rainer Zwanzleitner vom Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg, Bettina Kiehn, ehem. Sprecherin des IBA IGS Beteiligungsforums und Dirk Kienscherf, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Gesprochen wurde hauptsächlich über Wohnungspolitik und darüber, wie Wilhelmsburg und seine Bewohnerinnen und Bewohner wahrgenommen werden. Bildung und Arbeit wurden als wichtige politische Felder und Element im Alltag der Menschen ebenfalls angesprochen. Deutlich wurde auch, dass es schon lange vor IBA und IGS Konflikte darum gab, wie sich die sozialen Verhältnisse und die Lebensbedingungen in Wilhelmsburg entwickeln (sollen).

In verschiedenen Formen und von verschiedenen Akteuren waren Lebensbedingungen in Wilhelmsburg immer wieder thematisiert worden. Auch gab es Forderungen, dass IBA und IGS genutzt werden sollten, um Verbesserungen im Wohnbereich, im Bildungsbereich und bei der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit zu erreichen. Die Großprojekte schienen ein Kristallisationspunkt zu sein, an dem sich unterschiedliche und konträre Interessen deutlich artikulieren konnten. Immer wieder war nämlich - auch in dieser Veranstaltung - die Zusammensetzung der Bevölkerung in Wilhelmsburg zum Problem erklärt worden. Die soziale Mischung sei "nicht gesund, schnell wird vom Kippen von Stadtteilen geredet und wenn man Wilhelmsburg attraktiver und normaler machen wolle, dann müsse die Mischung verändert werden. Für die Menschen in Wilhelmsburg muss das eine schwierige Ansprache sein, wird ihnen doch deutlich gesagt, sie seien in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht die richtigen Leute auf der Elbinsel.

Der Sprung über die Elbe scheint den politischen und medialen Blick von außen auf Wilhelmsburg verändert zu haben. Diese neue Aufmerksamkeit wertet den Stadtteil auf und unterstützt eine Politik, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung auch mit Bevölkerungsaustausch initiieren möchte. Die Strukturprobleme von Erwerbslosigkeit, niedrigem Einkommen, Armut und geringen Aufstiegschancen bleiben bestehen, auch wenn ein Teil der davon betroffenen Menschen die Insel verlässt oder Angehörige höher bewerteter Schichten dazukommen.

Kontroversen gibt es auch im Detail, z.B. bei der Beurteilung der Sanierung im sogenannten Weltquartier oder bei der Bewertung der Entwicklung der Mietpreise. In Wilhelmsburg können exemplarisch Probleme der (Hamburger) Wohnungspolitik studiert werden: Wie funktioniert der Hamburger Weg der Mischung von geförderten und frei finanzierten Wohnungen? Wie können Wohnungen länger sozial gebunden werden? (Wie) geht Sanierung ohne Verdrängung? Welche Folgen für Wohnungssuchende mit Dringlichkeitsschein hat es, bei einem extrem angespannten Wohnungsmarkt, Sozialwohnungen weiterhin für besser Verdienende freizustellen?

Mit Stichworten wie Managerbutzen in der neuen Mitte Wilhelmsburg oder Interpretationen der Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung anhand der Abkürzung IBA zwischen Investoren - Beglückungs-Agentur und Agentur für inklusives Bauen werden die Pole des Konflikts benannt. Wird die Entwicklung des Wilhelmsburger Nordens zum gewinnträchtigen Feld für die Immobilieninvestoren oder zur Chance für bezahlbaren Wohnraum für alle?

Wer Positionen von Beteiligten und Hintergründe nachlesen will, kann u.a. folgende links nutzen:

<http://zukunft-elbinsel.de/>

<http://perspektiven-elbinseln.de/>

<http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/>
<http://www.f-b-w.info/>
<http://www.iba-hamburg.de/>
http://www.iba-hamburg.de/fileadmin/Mediathek/Gutachten_und_Stellungnahmen/IBA_Strukturmonitoring_2013_Kurzfassung.pdf

Winternotprogramm endete am 31. März

nagel@diakonie-hamburg.de
www.agfw-hamburg.de

In einer Pressemitteilung vom 28. März ziehen das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. eine durchwachsene Bilanz des Winternotprogramms. Es gab weniger Probleme als befürchtet, aber zahlreichen Handlungsbedarf.

Am 31. März 2014 endet das diesjährige Winternotprogramm. Obdachlose Menschen, die die Wintermonate in einem der Wohncontainer oder in Großunterkünften wie in der Spaldingstraße verbringen konnten, müssen nun wieder auf der Straße übernachten. Es fehlt ausreichender, annehmbarer Wohnraum für diese Menschen. Die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e. V. (AGFW) zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände und das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot, ein Zusammenschluss der Wohnungslosenhilfe in Hamburg, ziehen eine durchwachsene Bilanz.

Im Winternotprogramm gab es in diesem Jahr zwei Unterbringungs-Klassen: Menschen mit Sozialleistungsansprüchen wurden in Wohncontainern der Kirchengemeinden und in der Spaldingstraße untergebracht. Menschen ohne Sozialleistungsansprüche z. B. aus Osteuropa, Afrika und anderen Teilen der Welt wurden jeden Abend zu zwei leerstehenden Schulen befördert. Es besteht dringender Handlungsbedarf, da in dem baufälligen Haus in der Spaldingstraße ab sofort keine Notunterbringung mehr stattfindet und so jetzt alle rund 700 Menschen aus dem Winternotprogramm ans Pik As verwiesen werden, das zum jetzigen Zeitpunkt mit 230 Personen bereits überbelegt ist, so Bettina Reuter vom Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot.

Die Übernachtungskapazitäten waren zwar aufgrund der gestiegenen Platzzahl und dem relativ milden Winter ausreichend. Viele Menschen haben es trotzdem vorgezogen, angesichts der schlechten Standards im Winternotprogramm draußen zu nächtigen. Probleme wie die Unterbringung von obdachlosen Familien und die Belastung der Tagesaufenthaltsstätten muss die Hamburger Sozialbehörde außerdem umgehend lösen, so Bettina Reuter weiter.

Tagesaufenthaltsstätten:

Die Menschen müssen die Notunterkünfte morgens früh verlassen und dürfen erst gegen Abend zurückkehren. Trotz des milden Winters sind die Tagesaufenthaltsstätten in der Innenstadt aus diesem Grunde stark überlastet. Den Menschen fehlt ein entsprechendes Angebot, wo sie sich tagsüber aufhalten können. Die AGFW fordert die Stadt Hamburg daher erneut auf, eine weitere Tagesaufenthaltsstätte in Hamburg zentral einzurichten.

Obdachlose Familien

Familien werden im Winternotprogramm nicht untergebracht. Es muss daher eine alternative Unterbringung geschaffen werden, um bei einer drohenden Obdachlosigkeit der Eltern die Inobhutnahme der Kinder und die Trennung von Mutter und Kind zu vermeiden.

Grundproblem der Wohnungslosenhilfe bleibt jedoch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Nur wenige Menschen konnten aus dem Winternotprogramm in eine eigene Wohnung vermittelt werden. Die meisten schlafen ab Dienstag wieder auf der Straße. Um Obdachlosigkeit in Hamburg nachhaltig zu reduzieren, muss der soziale Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden, so Michael Edele vom Caritasverband und Vorsitzender des Fachausschuss Armut und Wohnungslosenhilfe der AGFW.

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg (AGFW) Hamburg e.V.

Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot

Veranstaltungen

Bitte unbedingt vormerken: Studientag Gemeinwesendiakonie 2014 Hamburg

Der Studientag Gemeinwesendiakonie 2014 findet am Donnerstag, den 30. Oktober 2014 von 9 Uhr 30 14 Uhr 30 statt. Der Ort steht noch nicht fest. Einladungsflyer gibt es nach den Sommerferien.

Dienstag, 20. Mai
18:30 20:00 Uhr
Haus kirchlicher Dienste
Danziger Straße 64
Hamburg St. Georg

Hamburg! Gerechte Stadt!

Unabhängige Sozialberatung für Erwerbslose Was wird daraus?

<http://www.diakonie-hamburg.de/web/fachthemen/arbeitslosigkeit-armut/arbeitslosigkeit/Veranstaltungsreihe-Gerechte-Stadt>

7. - 8. Mai 2014

Fulda

Bundesnetzwerk Gemeinwesendiakonie und Quartiersentwicklung

<http://www.kirche-findet-stadt.de/index.php/veranstaltungsplattform/veranstaltungshinweise/234-bundesnetzwerk-gemeinwesendiakonie-und-quartiersentwicklung>

Freitag, den 9. Mai 2014

Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20

16 22 Uhr

Beteiligungsforum: Gestaltungsmacht oder Mitmachfalle?

Zum Stand von Bürgerbeteiligung und Stadtteildemokratie in Hamburg

Das Beteiligungsforum will eine Zwischenbilanz ziehen und die Frage erörtern, wie es mit der Stadt- und der Stadtteildemokratie in Hamburg wirklich beschaffen ist. Das Forum wendet sich an Initiativen und Vereine, StadtteilaktivistInnen, Beirätsmitglieder, Netzwerke engagierter BürgerInnen und nicht zuletzt auch an die PolitikerInnen, die insbesondere zur abendlichen Podiumsdiskussion eingeladen sind.

Eine Veranstaltung von Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V., Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V., Mehr Demokratie e.V.

Weitere Informationen zu Inhalt und Ablauf unter

2. 4.Juni 2014

Eisenach

Die 16. GWA Werkstatt:

Recht auf Stadt. Wege zu einer solidarischen Stadtentwicklung.

<http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/>

WebToPrint
Service

Impressum

Diakonisches Werk Hamburg
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Königstraße 54
22767 Hamburg
www.diakonie-hamburg.de

Evangelisch - Lutherischer Kirchenkreis
Hamburg-Ost
Danziger Straße 15-17
20099 Hamburg
www.kirche-hamburg-ost.de

Diakonisches Werk
Hamburg-West / Südholstein
Max-Zelck-Straße 1
22459 Hamburg
www.diakonie-hhsh.de

Verantwortlich für den Inhalt

Diakonisches Werk Hamburg
Referat Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung
Wolfgang Völker
Telefon 040 306 20 325
voelker@diakonie-hamburg.de

und

+) Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Hamburg-Ost
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Cornelia Weschke
Telefon 040 51 9000-133
c.weschke@kirche-hamburg-ost.de